

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Ausg. 20 Pf.
Ansprechstelle: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfangsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im mittleren Teile 4 M., unter Eingangsdati 5 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Belegungsliste der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preisgezielten Verteilung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 56

Mittwoch, 9. März

1921

Landtagspräsident Fräßdorf zum Ausgang der Londoner Konferenz.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung nahm Präsident Fräßdorf zu dem Ausgang der Londoner Verhandlungen Stellung und wies unter lebhaften Beifall des Hauses, der nur von den Kommunisten nicht geteilt wurde, auf die Notwendigkeit hin, daß das deutsche Volk, was es auch im Innern trennen möge, gegenüber dieser großen Gefahr von außen einsig sein und ihr trotzen müsse, denn nur so könne es seine geschichtliche Mission als kulturell erfüllen und die gegenwärtige Leidenszeit von den weiteren Generationen fernhalten.

Die Londoner Konferenz.

Die neuen deutschen Vorschläge.

London, 7. März. In der heutigen Sitzung der Londoner Konferenz erklärte Reichsminister Dr. Simons es für unmöglich, die Pariser Beschlüsse anzunehmen. Angehiebt des großen Unterschieds, der zwischen diesen Vorschlägen und den deutschen Vorschlägen bestehe, schlägt die deutsche Delegation trotz größter Bedenken eine vorläufige Lösung der Frage vor. Deutschland sei bereit, einer Regelung für die ersten 5 Jahre auf folgender Grundlage zuzustimmen:

Zehn Annäherungen in Höhe der Pariser Beschlüsse und für die 12%ige Ausfuhrabgabe, die uns nicht zweckmäßig erscheint, ein Äquivalent. Voraussetzung für dieses Angebot sei, daß Österreich und Deutschland die Einzelheiten ausarbeiten und möglichst bald in die Verhandlungen über den Reparationsplan eintreten. Sollten die Alliierten aber auf einem sofortigen endgültigen Angebot bestehen, so sei die Delegation auch dazu bereit, doch müsse Dr. Simons um eine Woche Ablauf bitten, um die Sache mit dem Kabinett zu besprechen.

Der Reichsminister ging sodann in längeren Ausführungen auf die Rede Lloyd Georges vom 3. März ein. Dr. Simons hob besonders folgende Punkte hervor: 1. Die Schuldfrage könne weder durch den Friedensvertrag noch durch Zwangsmittel entschieden werden. Nur die Geschichte könne die Verantwortlichkeit am Weltkrieg entscheiden. Man sehe den Ereignissen noch zu nahe. Ob eine einzelne Nation ausschließlich schuldig an diesem Kriege erklärt werden könne, und ob diese Nation Deutschland sei, würde kaum durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig entschieden werden können. 2. Die Zwangsmassnahmen seien durch die Vorrichtungen des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt, sondern nur drei Stellen sprächen hierzu: 1. § 18 Absatz 2 im 8. Teil, 2. der Schlußabsatz des Art. 429 und 3. Art. 430; keiner dieser Paragraphen sei anwendbar. 3. Die Zwangsmassnahmen ständen auch im Gegensatz zum Völkerbundvertrage. Nach Art. 17 des Völkerbundvertrages fäßen bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundes und einem Staat, der nicht Mitglied sei, das in Art. 15 vorgeschriebene Schiedsgerichtsverfahren zur Anwendung. Deutschland sei nicht Mitglied des Völkerbundes, habe aber den Vertrag unterzeichnet.

Er lege deshalb im Namen der deutschen Regierung feierlich Protest gegen die angebrochenen Zwangsmassnahmen ein.

Die Ablehnung der deutschen Vorschläge.

London, 7. März. In der Nachmittagssitzung der Londoner Konferenz erklärte Lloyd George, daß die Vorschläge, die Dr. Simons morgen machen, nicht annehmbar seien und die Hinnehmehscheidung der Sanctionen nicht zulässig. Die Vorschläge von Simons entpuppten nur anscheinend der Grundlage der Pariser Beschlüsse. Denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten 5 Jahren umwerfen könnten. Wenn insbesondere die Völ-

Amerika und der Friede mit Deutschland.

Die Friedensentschließung Knox.

New York, 7. März. Soeben wird bekannt, daß der Plan Hardings, den Friedenszustand mit Deutschland wiederherzustellen, durch die Krise in der Wiedergutmachungsfrage durchkreuzt worden ist. Harding ist der Ansicht, daß die Annahme der Resolution Knox in dem Augenblick, in dem die Verbündeten gegen Deutschland mobil machen, um die Annahme der Reparationsforderungen zu erzwingen, als Afront der Alliierten betrachtet werden könnte.

Er hat deshalb den Senatoren nahegelegt, zunächst die dem Senat vorliegenden Verträge mit mittel- und südamerikanischen Staaten zu erledigen und mit der Friedensresolution Knox noch zu warten, weil Deutschland sonst nach der Herstellung normaler Beziehungen an die Vereinigten Staaten appellieren könnte.

Besetzung von Duisburg.

Duisburg, 8. März. Anhört ist nachts, die Außenviertel von Duisburg heute früh 6 Uhr von belgischen Truppen besetzt worden.

Einmarsch in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März. Französische Panzertruppe und Panzertank haben in den frühen Morgenstunden die Außenviertel der Stadt besetzt.

abstimmung in Oberösterreich ganz oder teilweise ungünstig ausgefallen, so wäre Simons berechtigt zu erklären, daß eine neue Sache geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für 5 Jahre, sondern nur für 5 Wochen. Gewisse Sätze in der heutigen Rede von Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Simons habe von den ungeheuren Dränen gesprochen, die das Provisorium erfordere. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführt, so würde es für alle Verbündeten 125 Mill. Tsd. Zins, also ein Viertel der Summe verwenden, die Großbritannien allein aufbringen würde. Der andere anfällige Punkt sei die Weigerung von Dr. Simons, die Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen. Dieser Punkt sei der fundamentalste des Friedensvertrages. Wenn Simons von einem Vorschlag für 5 Jahre spreche, dann sei es für die Verbündeten ein unbedingtes Gefühl, daß nach diesen 5 Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Revisiongrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse hätten einen großen Nachteil der Verbündeten Bedingungen dar.

Die Verbündeten müßten auf zwei Punkten bestehen: 1. müßten unverzüglich der Gesamtbeirat der von Deutschland zu bewirkenden festen Leistungen oder die Aktivitäten festgelegt werden, die als Basis für ihre Festlegung dienen sollten; 2. müßte die Zahlungsweise der Annäherungen gegeben werden. Eine definitive Regelung sei unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet habe, könnten nur diese Regelung verzögern. Lloyd George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem großen Bedauern die Verbündeten zum Eintritt gekommen seien, daß die Sanctionen sofort in Kraft treten müßten.

Die Sitzung wurde sodann auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zur Sitzungsvorbereitung zu geben.

Nach Wiederöffnung der Sitzung gab Dr. Simons folgende Erklärung ab:

Herr Präsident! Meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zweck der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft, und wir haben diese jährlängige vorläufige Regelung nur unter dem Zwange des Ultimatums, das heute endet, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorschlagen zu müssen. Sieben hätten wir eine Gesamtregelung gesehen und deshalb haben wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorschlagen. Auch jetzt noch würden wir eine solche weitaus vorziehen. Wir hatten aber jetzt keinen zweiten Vorschlag in der

Berufung der Botschafter nach Berlin.

Lloyd George über die Sanctionen.

London, 8. März. Bei Darlegung der Ergebnisse der Londoner Konferenz im Unterhause sagte Lloyd George, den Truppen seien schon Befehle erlassen worden, die angegebene Zone zu besetzen. Weiter seien Anweisungen gegeben, die besten Methoden zur Anwendung der anderen Sanctionen in Erwägung zu ziehen. Die Gelegenheit möge es ermöglichen, daß jeder auswärtische Waren in den alliierten Ländern einen Teil des Kaufpreises an die einzelne Regierung zahle. Lloyd George bedauerte, diese Frage als Sanction zu behandeln zu müssen, während sie ein Teil irgend eines zu schließenden Abkommens hätte sein können. Es würden die notwendigen Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß deutsche Güter auf dem Umweg über die Neutralen einzelschiffen würden.

Tasche. Wie müßten nach der Ablehnung des ersten einen neuen Weg suchen und haben uns um diesen neuen Weg sowohl hier in der Telegration in London wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, und ich habe den Auftrag ausgeführt, die Konferenz um einen kurzen Aufschub zu bitten, um mit dem Kabinett über die Gesamtregelung Fühlung zu nehmen. Ich stelle fest, daß auch dieser deutsche Vorschlag unbedacht geblieben ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich schon, daß die Vertragsunbegrenzung ist, als wollten wir das Produktum dazu benennen, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegentheil, daß deutsche Volk hat die Schadenshaftpflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzuholen aus den Gedanken des Herrn Präsidenten der Konferenz, wonach den verbündeten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil des Preises zu beschlagen, den die Käufer in den verbündeten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil des Preises an das Kabinett abgeführt und auf Reparationskontos verrechnet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung emporhoben und bedauere nur, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschädigt worden ist, daß er in die Sanctionen aufgenommen wurde. Auch in dem Punkte ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darum kommt, mit möglichster Belehrung festzuholen, welches die Rüste der festen Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen, und welche die Zahlen der variablen Leistungen sind, die Deutschland machen kann. Aber alle diese Punkte sollte unseres Erachtens möglichst bald eine Besprechung zwischen den Sachverständigen veranlaßt werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Besprechungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Erfüllung der Sanctionen wesentlich verschleiert sein würde. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanctionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen.

Die Sitzung war damit zu Ende.

Brandversicherungsfragen.

Das abgelöste Schädigungsvorhaben genügt, wie dem Verfasser des Artikels zugegeben ist, auf die Dauer nicht, um dem Nachstand der Gebäudeeigentümer abzuholen. Da die Baupreise andauernd sehr schnell weiter liegen, so war bald auch der gewerbliche Versicherungsbüro nicht immer in der Lage, die Versicherungssumme seines Gebäudes mit dem sich ständig erhöhenden Versicherungswert im Einlaufe zu erhalten. Vor allen aber drohte die Baupreise regelmäßig auch nach dem Versicherungsfalle bis zu Wiederherstellung des Gebäudes noch so erheblich weiter, daß die Gebäudevergütung, selbst wenn das Gebäude zur Zeit des Versicherungsfalles nicht unterschritten war, zur Wiederherstellung des Gebäudes oft nicht annähernd ausreichte. Diese Erhöhung ist allerdings eine Folge einer zur Zeit des Versicherungsfalles bestehenden Unterbeschäftigung des Gebäudes. Sie tritt vielmehr auch dann ein, wenn das Gebäude zur Zeit des Versicherungsfalles voll verschont war. Gleichwohl hat die Landes-Brandversicherungsanstalt als gemeinschaftliches Unternehmen auch hier geglaubt, hellend eingreifen zu sollen. So ist deshalb das Gesetz vom 30. Juni 1919 erlassen worden, wonach dem Geschädigten Bauunternehmungen bis zum vollen Wert des Wiederherstellungsbauchs gewährt werden sollen. Das Gesetz gibt der Baufall die Möglichkeit, dem Versicherungsbüro eines Gebäudes im Versicherungshaus unten Umständen den notwendigen vollen Aufwand zur Belebung der Schäden zu erhalten, einerlei, ob der Auffall gegenüber der Brandhödenvergütung durch Unterbeschäftigung zur Zeit des Versicherungsfalles oder durch weiteres Ansteigen des Baupreises nach dem Versicherungsfalle oder durch beides verursacht worden ist. Die Annahme des Verfahres des Artikels, daß infolge des Gesetzes vom 30. Juni 1919 die Leistungszulage zu den Friedensversicherungssummen bei den Schädigungen des Gebäudes enorm erhöht worden seien, ist irrt. Wenn die jetzt ermittelten Versicherungssummen manchmal bis 1000 Tsd. höher sind als die vor dem Kriege sichergestellten Summen, so hat dies seinen Grund in dem gewaltigen Ansteigen des Baupreis und in den bereits mehrfach erwähnten derzeitigen Bedürfnissen für die Schädigung, an denen das Gesetz vom 30. Juni 1919 ebenso wenig etwas geändert hat, wie die Bekanntmachung der Brandversicherungsanstalt über das abgelöste Schädigungsvorhaben. Da aber die Wahl des Gesetzes vom 30. Juni 1919 in der Hauptstadt auch den Versicherungsbüro zugute kommt, die ihre Gebäude, verjüngt oder universaldurch, in der Unterbeschäftigung belastet und infolgedessen zu geringe Vergütungszahlungen gezahlt haben, so tritt allerdings bei der Belebung des Beitragskasten eine ungerechtfertigte Vergütung dieser jährligen Versicherungssumme auf Kosten anderer Versicherungsbüro ein. Um diesem Übelstand abzuhelfen, hat die Brandversicherungsanstalt eine von den bisherigen Bedürfnissen völlig abweichende neue Regelung der Schädigung, der Schadenswidrigkeit und der Schadensvergütung für die Gebäudeversicherung vorgeschlagen. Der Entwurf eines dementpregenden Gesetzes ist von dem gegenwärtigen Landtag am 1. März d. J. angenommen worden.

Nach dem Entwurf sollen den Schädigungen der Gebäude nur noch die Baupreise von 1914 zugute gelegt werden und alle bereits geholten Baupreise möglichst bald auf die Baupreise von 1914 zurückgeführt werden. Die Schadenswidrigkeiten werden — abgesehen von den Fällen des § 88 des Gesetzes über die Landes-Brandversicherungsanstalt vom 1. Juli 1910 — zunächst nach den Preisen von 1914 berechnet. Die endgültige Feststellung erfolgt erst dann, wenn der Versicherungsbüro mit der Wiederherstellung des Gebäudes beginnen will, und zwar dadurch, daß den bei der Schadenswidrigkeit ermittelten Verhältnissen ein im Handelsjahr zu berechnender Leistungszulage zugerechnet wird, der dem Unterschied zwischen den Baupreisen des Jahres 1914 und denen zur Zeit der Wiederherstellung entsprechen soll, und der vom engeren Ausschluß für die Gebäudeversicherung in gewissen Zeiträumen je nach den Schwankungen des Baupreise festgestellt wird.

Entgegenüber will der Entwurf des Brandversicherungs-Bauamtmannes Krämer, jowei sich

der kurzen Instandhaltung entnehmen läßt, die beweglichen Teile, aufschläge nicht nur bei der Berechnung der Schädenvergütung im Auskop bringen, sondern er will auch den Versicherungssummen der Gebäude, die wohl ebenso wie nach dem Regierungsentwurf noch Preisen von 1914 ermittelt werden sollen, Teuerungszuschläge hinzurechnen, die von Zeit zu Zeit — wohl im Hundertsthe — schwanken würden. Die Schäden sollen offenbar wie nach dem Regierungsentwurf mit der bereits erwähnten Ausnahme zunächst nach den Baupreisen von 1914 gewürdigt werden. Die endgültige Feststellung erfolgt ebenfalls erst, wenn der Versicherungsnehmer mit der Wiederherstellung des Gebäudes beginnen will, und zwar wird ebenfalls ermittelt, der tatsächliche notwendige Aufwand zur Wiederherstellung des Gebäudes unter Zugrundelegung der Baupreise zur Zeit der Wiederherstellung. Die hierdurch gefundene Summe ist die Schädenvergütung, die aber den Beitrag der bei der ersten Fürturierung — nach den Preisen von 1914 — ermittelten Vergütung unter Berücksichtigung der Zeit der Wiederherstellung für die Versicherungssummen die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das durften, das könnten wir nicht tun. Unsere Ehre, unsere Selbstachtung verboten es. Unter diesem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Sieger zur Bezeichnung weiterer deutscher Lande gekommen. Der Gewalt können wir gewalt nicht entgegenstellen. Wie sind wohl hinzuwenden können wir es, daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen. Recht wird hier vertreten durch Gewalt. Mit den Bürgern, die Fremdherrschaft erdenken müssen, leidet das ganze Volk. Ehren zu einem Menschenrecht soll uns dieses Leid in einem Wollen! Mithilfer! Tretet der fremde Herrschaft mit ernster Würde entgegen, bewahrt einen aufrechten Sinn, aber lohzt euch nicht zu unbefehnenden Taten hinzu. Hartet aus, habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserem Heimatlande weichen muß. Der Reichskanzler Schenck.

Auskünfte von der Verschaffung des Gesetzes, wo nach die Schädenvergütung regelmäßig nur zur Wiederherstellung des zerstörten oder beschädigten Gebäudes verordnet werden soll, bevor seiner weiteren gesetzlichen Regelung, da ein Rechtsanspruch auf Bewilligung einer Aufnahme überhaupt nicht besteht und deshalb in jedem Falle alle Gründe, die der Verlängerkette des Gesetzes etwa entgegenstehen, nach wie vor einleidend geprüft werden können.

Kündgebung des Reichspräsidenten.

Berlin, 7. März. Der Reichspräsident hat folgende Proklamation ergeben lassen: „Unserer Kameraden im Weltkriege haben unerhörte und unerschöpfliche Verdienste an Geld und Gut ausgeschöpft. Wir selbst, nicht nur auch unsere Kinder und Enkel, sollen Arbeitsklaven der Sieger werden. Durch unsere Unterdrückungen sollten wir den Sieg besiegen, den anzuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das durften, das könnten wir nicht tun. Unsere Ehre, unsere Selbstachtung verboten es. Unter diesem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Sieger zur Bezeichnung weiterer deutscher Lande gekommen. Der Gewalt können wir gewalt nicht entgegenstellen. Wie sind wohl hinzuwenden können wir es, daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen. Recht wird hier vertreten durch Gewalt. Mit den Bürgern, die Fremdherrschaft erdenken müssen, leidet das ganze Volk. Ehren zu einem Menschenrecht soll uns dieses Leid in einem Wollen! Mithilfer! Tretet der fremde Herrschaft mit ernster Würde entgegen, bewahrt einen aufrechten Sinn, aber lohzt euch nicht zu unbefehnenden Taten hinzu. Hartet aus, habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserem Heimatlande weichen muß. Der Reichskanzler Schenck.

Die Besetzung der drei rechtsrheinischen Städte.

Büdlich, 7. März. Die „Morning Post“ berichtet: Der Urlaub für die sämtlichen Truppen der alliierten Besiegungstruppen wurde für zehn Tage gesperrt. An der französisch-deutschen Grenze und im Bezirk Aachen sind Truppenbewegungen ins Ganze. Die Vorbereitungen für die Besetzung der drei rechtsrheinischen Städte sind von dem Oberkommandierenden der Rheinarmee beendet worden. Wie „Daily News“ berichtet, soll die Bekämpfung durch 15.000 Mann französischer, englischer, belgischer und polnischer Streitkräfte erfolgen. Nach einer Reutermeldung aus London wird der Beginn der militärischen Operationen auf morgen festgesetzt.

Düsseldorf, 7. März. Wie aus Bonnath, das an der Grenze des besetzten Gebietes liegt, mitgeteilt wird, sind dort die ersten französischen Truppen eingetroffen, die für die Besetzung Düsseldorfs in Frage kommen.

Verstärkung der englischen Truppen.

Paris, 7. März. „Radio“ meldet aus London: In den Verhandlungen zwischen Marshall Foch und Pétain wurde entschieden, daß, sofern es notwendig wäre, die englischen Besatzungstruppen am Rhein durch eine volle Division auf Kriegsstärke gebracht werden sollen. General Lord Curzon wird diese Division kommandieren.

Wissenschaft und Kunst.

Trebsen, 8. März.

Wissenschaft und Technik. Aus Berlin schreibt man und: Auf das vom Verbande der deutschen Hochschulen beim Thüringer Landtag eingegangene Gesuch, daß denjenigen Privatdozenten, die weder durch Lehrauftrag noch Tätigkeit als Professor bestandene Einnahmen haben, eine Notbeihilfe gewährt und auf irgendeine Art ihre dauernde Sicherstellung durch Remunerationen bewirkt werde, wurde von der Thüringischen Regierung mitgeteilt, daß an der Landeshochschule Jena bereits entsprechende Maßnahmen getroffen worden sind.

Literatur. Wie wir einer Mitteilung der Deutsch-Bulgarien-Gesellschaft in Berlin an das Deutsche Auslands-Institut, Stuttgart, entnehmen, befindet das kleine Bulgarien in seiner Sorge für Dichter, Schriftsteller und Gelehrte viele große Staaten. Durch Königliche Verordnung sind in jüngster Zeit die Porten an u. a. für den Dichter Iwan Wassoff und den Philosophen Mikailofski von 7200 auf 12000 Lewa jährlich erhöht worden. Die nationale Subskription für Iwan Wassoff aus Anlaß seines 70. Geburtstages hat 200.000 Lewa ergeben, eine schöne Ergänzung der vorher ihm vom Staat gespendeten Summe von 100.000 Lewa.

Bildende Kunst. Aus Berlin wird gemeldet: Die Verhandlungen mit Prof. Bernhard Panof, dem Direktor der Stuttgarter Kunsthochschule, haben jetzt den Erfolg gehabt, daß sich der Künstler bereit erklärt, ein Berliner Lehramt zu übernehmen. Er wird an der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste eine Abteilung für Theatermalerei begründen, die der Heranbildung von Künstlern für die Dekoration und Inszenierung von Bühnenwerken dienen soll, und gleichzeitig eine Kalligraphie an der Hochschule leiten.

— Mit den Wiederherstellungsarbeiten der Kreiswerke Schwedt auf der Marburg, die unter den Witterungseinflüssen schwer gelitten haben, sind die Weimarer Künstler Prof. Otto Höchlich und Arno Meyerott betraut worden.

† In Berlin ist der Zeichner des „Weltspiegel“, der bekannten Zeitschrift zum „Berliner Tageblatt“, Fritz Schön, im Alter von 50 Jahren gestorben. Mit liebenswertem Ernsthaft ging dieser Zeichner den kleinen Jungen aus dem Treiben der Großstadt nach. Er sah auch in dieser Welt überall die Drolle. Sein gutes Zeichnerauge ergriff sich besonders an den Physiognomien. Kennpunkt waren seine Typen von Spiegheln, Zwischenzähnen und hohen Kinderzähnen. Seine Blätter haben häufig hohen landschaftlichen Reiz, und die solide Technik machte seine Zeichnungen fast zu einer großen Augenfreude.

Wazl, Aus Chemnitz schreibt man und: Gelegentlich des dritten Winterkonzertes des Chemnitzer Lehrergesangsvereins gelangte eine Ballade von Oskar Wolf „Der Schmied von Bari“ und weiter eine tragödienhafte Ballade „Ritter Kleistensfeld“ von Heinrich Müller vor einem beispiellosen Hause zur Aufführung. Weile Werke stellen an die Sänger ungewöhnliche Forderungen, die aber von dem treulich geschulten Lehrergesangverein sehr gut überwunden wurden.

Theater und Film. Aus Chemnitz wird und geschrieben: Die Chemnitzer Volksbühne befindet sich mit bedeutender Wehrheit, den Vertrag mit der Direktion Samst zu lösen und die Vermögensverhältnisse zu ermächtigen, mit der Stadtverwaltung zu Chemnitz bei dem Stadtheater zwecks Abschluß eines Vertrages in Verhandlungen einzutreten.

Boxringabend. Der Erinnerung an Carl Hauptmann war am Sonnabend eine Veranstaltung der „Neuen Zeitung für Kunst“ geweiht, in der Alfred Günther über den Dichter sprach. Er ist es aus eingehender Kenntnis der Dichterpersönlichkeit; eindringlich und doch

General Degoutte in London.

Esse, 7. März. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet aus London: General Degoutte, der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Deutschland, wurde aus Mainz nach London berufen, um an einer Konferenz mit Marshall Foch teilzunehmen.

Das neue Zollregime im besetzten Gebiet.

London, 7. März. England hat dem Reutersehen Bureau mitgeteilt, daß das neue Zollregime im besetzten Gebiete am Donnerstag in Kraft treten werde.

Bürgerlicher Wahlsieg im Freistaat Gotha.

Für die Landtagswahlen im Freistaat Gotha, die am 6. März stattfanden, hatten sich alle bürgerlichen Parteien in einen „Heimatbund“ namens Zweckverband zusammengeschlossen, um eine stärkere Stellung gegenüber den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu gewinnen. Die Wahlen zur Gebietsvertretung in Gotha am 6. März haben folgendes vorläufiges Ergebnis gebracht: (Vereinigte Bürgerliche Parteien) 41.915, Sozialdemokraten 42.18, Unabhängige 8.307, Kommunisten 24.797. Danach erhalten der Heimatbund 8, die Unabhängigen 2 und die Kommunisten 5 Sitze im Parlament. Die Begeisterung überwältigt ist durch den Sieg der bürgerlichen Parteien geprägt.

Ende des Generalstreiks in Stettin.

Stettin, 7. März. Als die heutigen Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionäre gestern zur Abstimmung über den Generalstreik verharrten waren, drangen die Teilnehmer einer gleichzeitig im Garten desselben Wirtschaftsgebäuden von kommunistischen Seite eindringlichen Verhandlung in den Saal ein. Es entstand eine allgemeine Schlagerie. Nachdem die Sicherheitspolizei die Ordnung wieder hergestellt hatte, konnte die Abstimmung durchgeführt werden. Sie ergab eine überwiegende Mehrheit für den Abbau des Generalstreiks.

Ende des Hosenarbeiteraufstandes in Hamburg.

Hamburg, 7. März. Der Hosenarbeiteraufstand in Hamburg ist auf Grund der Urabstimmung am Sonntag beendet worden. Am Montag erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit.

Ausstand in Brand-Erbisdorf.

Dresden, 8. März. Seit heute früh streiken in Brand-Erbisdorf 2.000 Arbeiter des Elite-Werkes wegen Lohnforderungen.

Ende des Schiffbaueraufstandes in Sachsen.

Dresden, 8. März. Im Schiffbau ist noch in Schandau-Königstein, Leuben und Riesa in nachtschwärzlicher Taube durch Vermittlung eines Kommissars der Reichshauptminister Dresden eine Verständigung zustande gekommen. Donnerstag wird die Arbeit wieder aufgenommen und die Elbe wieder mit Röhren belebt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. März. Beginn der Sitzung 1/3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beurteilung des Friedensabfindungsgeistes, durch das den Rebedeuten 4½ Mill. R. Abfindung gegeben werden.

Staatssekretär Müller begründet die Vorlage, die vor allem der Arbeitslosigkeit abheben sollte, schildert den Gang der Verhandlungen mit den Entente, geht des näheren auf die Rechtsgrundlage ein und betont die Notwendigkeit, die Entscheidung an die Reeder für die Schiffsbauten beizulegen durchzuführen.

Abg. Schumann (Soz.): Es sei mit der Fassung der Vorlage einverstanden, da das Reich auf diese Weise besser davontome, als im Wege der Einzelentschädigung. Der Wiederaufbau der Handelsflotte sei dringend nötig. Richtig sei der Standpunkt der Regierung, daß es sich hier um einen wesentlichen Faktor in der Erwerbslosenfürsorge handle. Einschließlich der Summe der Abfindung behalte sich seine Partei die Steuerabnahme vor. Der Reichstag müsse das Kontrollrecht haben. Auch müßten die Seestreute selbst einen Einfluß ausüben. Er beantragte die Überweisung an den Haupthaushalt.

Abg. Recke (Dtsch.): Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vorlage genüge, um ihre Notwendigkeit darzustellen. Die Reeder beließen sich auf mindestens 100 Millionen. Die Vorlage enthalte auch die Möglichkeit dazu, daß die Staaten durch einen Anfang wieder selbst die Initiative ergreifen.

Abg. Göldner (Ant.): Die Gewerbe der Schiffbauindustrie finde ihren entsprechenden Ausdruck in der Arbeitslosigkeit. Man könne nur vorwärts kommen, wenn man das Geld für die Schiffsbauten wieder vereinnehmen könne.

Abg. Voigtländer (Unabh.): Die Steuerfreiheit für die Reedereikapitalisten lebten wir ab. Von der Ausmetzung aller Bevorzugungen machen meine Freunde ihre Zustimmung abhängig. Die Werften müßten verpflichtet werden, die denbar günstigen Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Wenn für die Handelsflotte Namen offenbar Kriegsverbrecher gewählt werden, wie Tippu, dann ist das Schändung eines deutschen Namens. (Sturmische Zurufe rechtf.)

Reber verweist auf ein Schreiben, in dem der Betriebsrat die Direktion ermahnte, vom Schiffnamen Hindenburg Abstand zu nehmen, weil die Mannschaft beim Anlaufen ausländischer Häfen durch die Namen in Schwierigkeiten kommen könnte. Abg. Heile (Dem.): Hier handelt es sich nicht um Interessenschwäche, sondern um die Wiederbelebung eines wichtigen Wirtschaftszweiges des Schiffbaus. Die deutsche Arbeiterschaft hat in dieser Linie den Vorteil vor diesem Vertrag. Der deutsche Reichstag kann diesen Vertrag wohl eingehen. Wir können den Rebedeuten dankbar dafür sein, daß sie den großen Mut zu diesem Vertrag aufbringen.

Abg. Wildermuth (D. P.): Im Vertrag nahm man uns nicht nur die Handelsflotte, sondern wollte auch ihren Neubau auf deutlichen Weisen unterbinden. Diese Absicht ist gläubigerweise verfehlt worden. Für die verlorenen Schiffe muß das Reich die Rebedeuten unterstützen. Meine Partei stimmt für den Vertrag.

Abg. Reich (Som.): Wir lehnen diese Liebesgabe an die Reeder ab. Wiederaufbau der Handelsflotte ist Säitung des Kapitalismus. Wenn die Reeder ihre alte Macht bereits wiedererlangt haben, so ist das die Schuld der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften.

Abg. Wittmann (Unabh.): Wenn das Existenzminimum der Werftarbeiter im Ausland nicht sichergestellt wird, lehnen wir die Vorlage ab. Die Arbeitgeber ziehen plausibel darauf hin, die Arbeiter zur Aufschaltung zu zwingen, um einen großen Teil entlassen zu können.

Abg. Rauch (D. P.): Ich schaue die Vorlage der alten deutschen Handelsflotte und ermahne die Regierung, alles zu tun, um das alte Personal im eigenen Dienste zu behalten.

Staatssekretär Müller: Der Abg. Voigtländer hat von einem Milliardengeiste an die Reeder gesprochen, das er momentlich in der Steuerfreiheit der Hindenburg sah. Von beiderseiten kann im Abkommen nicht die Rede sein.

Abg. Wittmann (Unabh.): Wenn das Existenzminimum der Werftarbeiter im Ausland nicht sichergestellt wird, lehnen wir die Vorlage ab.

Abg. Heile (Dem.): Ich schaue die Vorlage der alten deutschen Handelsflotte und ermahne die Regierung, alles zu tun, um das alte Personal im eigenen Dienste zu behalten.

Starken Gesten, in dem Straußischen „Fiebermannwalzer“ schwimerde deutlich ein bestimmtes Bild durch und den größten Tänzen mit Ausnahme des „Polnischen Tanzes“ fehlte die persönliche Rose. Kurz, lebhaftes Studium erledigte ein lebhaftes Temperament. Am Fußläng begleitete wieder Hans Reichhardt, von dem auch ein paar angenehme eigene Kompositionen zu hören waren.

* Unter der Benennung Konzert „Andie“ render der Komponisten verankerte gestern die Böhmische Pianist und Klavierpädagog Rudolf Heigel im Palmengartenhaus ein Schüler-Vorspiel, das im ganzen recht eindrückliche Einflüsse hinterließ. Man erkannte allenfalls einen hochgängig gebildeten methodischen Unterricht und eine zielbewußte Erziehung zu musikalischen Vorlagen. Die reichlich bemessenen Darbietungen, deren Reihenfolge von der Wiedergabe einer Suite für Bioline und Klavier von Brahms, Beethoven, Chopin, Grieg und Liszt. Vielleicht könnte man sagen, die Aufgaben waren fast durchweg etwas hoch gestellt, doch wurden sie je nach dem Grade der Ausbildung in recht befriedigender Weise gelöst. Besonders fiel eine noch in jugendlichem Alter stehende Bulgarin auf, welche die Mondcheinsonate spielte. Zur Technik noch nicht ausgereift, um nach dieser Seite hin das Preito-Finale einwandfrei bewältigen zu können, spürte man doch in den ersten beiden Sägen in der recht erstenlich entwickelten Ausdrucksfultur vernehmbar einen pianistischen Begabung befundenden und darum hoffnungsvollen Tonfall.

* Kurt Striegler ist eingeladen worden, seine neue Sinfonie in Cis-moll am 19. März in Chemnitz aufzuführen.

Die Vorlage wird hierauf an den haupt- ausführlich überwiesen.

Es folgt der Ergründungsstatut zum Reichswehrministerium, der ohne jede Ausprache in zweiter Lesung genehmigt wird, ebenso die Ergründung des Staats des Reichsaußenministeriums und des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrags.

Die Staatsberatung wird sodann beim Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Abg. **Kohmann** (Soz.) erläutert den Auschussbericht und berichtet den Fall Kuhn.

Abg. **Kuhn** (Dtsch.): Die deutschen Werte hatten, ohne die Freiheitsgesellschaft oder den Aufsichtsrat zu bestreiten, für 47 000 t Roheisen am Rande verlaufen, der an 50 Mill. R. dafür eingeschlossen hat. Dieser Vertrag ist das Unerhörte, was je vorgekommen ist.

Abg. **Zange-Hegermann** (B.): Die Steuerzahler können verlangen, daß die früheren Herstellerbetriebe endlich so umgestellt werden, daß sie ohne Reichswirtschaft produzieren können. Die Freiheitsgesellschaft arbeitet ebenso wie alle übrigen Kriegsgefechtsstaaten.

Nebst verlangt vom Minister Auskunft über einen Vertrag der Firma Berlin mit der Rietag, dessen einziger Erfolg eine Bezeichnung der Produkte um 25 Proz. gewesen sei.

Abg. **Gotheln** (Dem.): Der Minister muß volle Klarheit schaffen und energisch gegen die Beamten vorgehen, gegen die etwas vorliegt. Mit dem Rahmenvertrag hat die Firma kein besonders gutes Gesicht gemacht. Ich habe, als Minister, gleich das Experiment mit den Reichswerten sehr skeptisch betrachtet. Private Industriebetriebe lassen sich viel leichter umstellen als Herstellerbetriebe. Viele Reichswerte werden in der nächsten Zeit einen Übertritt bringen. Aber wir werden noch genügend sein, weiteres Kapital hinzuzufinden. Lassen Sie darum diesen Wertem eine gewisse Schonung. (Verfall)

Abg. **Bartsch** (B.) bringt Beamtenfragen zur Sprache.

Reichsminister Dr. Kaumer: Die Angriffe gegen die Verwaltung der Reichswerte müssen stark zurückgewiesen werden. Das schwere Hemmnis für die Reichswerte liegt darin, daß jeder Beamte und Amtliche befürchtet muss, sein Entzug werde von einem Abgeordneten auf den Tisch des Hauses gelegt werden. Der Abstand der Kriegsgefechtsstaaten wird sehr beschleunigt. Ich werde diese übertragene Aufgabe mit zäher Energie lösen. (Beifall)

Vizepräsident Bell schlägt nunmehr Beratung der Beratungen vor.

Vizepräsident Bell schlägt die Sitzung um 12 Uhr.

Röckle Schünz morgen nachmittag 1 Uhr: Anfragen, Fortsetzung der Beratung des Reichsfinanzministers, Verhandlungsaufstellungsgesetz.

Der Aufmarsch in Russland.

Paris, 7. März. Nach einer Novakmeldung aus Kronstadt sollen die Russlanddeutschen die kommunistischen Betriebe mißhandelt haben. Kommunistische Redakteure seien geschossen worden. Die Feuerwehr habe ihre Sprüche auf das Volk gerichtet. Die Kavallerie habe die Manifestanten mit Knüten zurückgeworfen. Man habe Brod verteilt und auch 125 Gramm Fleisch, um das Volk zu beruhigen. Die Arbeiter, die sich erhoben hatten, verlangten Wiederherstellung der Handelsfreiheit, Wiedereröffnung der Fabriken, Rücktritt der Sowjetregierung und Einberufung einer gegebenen Versammlung. Es wurde der Belagerungszustand erklärt.

Paris, 7. März. Die in Paris wohnenden antiliberalen russischen Flüchtlinge haben nach diesen erhalten, wonach Kronstadt der Mittelpunkt der revolutionären Bewegung in Russland ist.

Reval, 7. März. Nach hier vorliegenden Meldungen der Sonderregierung haben Menschenwill und Sozialrevolutionäre einen Aufstand in Estland hervorgerufen versucht. Die außerordentliche Kommission von Tjumen bedroht alle geangewiesenen Russlanddeutschen mit Entziehung und bestimmt Umrückung ein Ende zu bereiten.

Stockholm, 8. März. Nordische Pressezentrale meldet aus Helsingfors: Laut Meldung des "Finländska Rotaryrum" aus Vyborg hat Kronstadt am Montag nachmittag 4 Uhr angesangen, Peterburg zu bombardieren. Anschließend ist die schwere Artillerie in der Festung in Tätigkeit. Kronstadt wird von den Batterien bei Tyskeberg, Nekonnemä und Tavastia bombardiert.

Neue Kardinäle.

Rom, 7. März. Im geheimen Konklavum teilte der Papst die Ernennung neuer Kardinäle mit, nämlich des Pius von Madab, sowie der Erzbischöfe von München, Köln, Philadelphie, Tarragona und Burgos. Der Papst ernannte auch einige Bischöfe. In einer Ansprache beim Konklavum erinnerte der Papst einer Elefantensitzung aufzugeben daran, daß trotz der Unterzeichnung des Friedens die Kämpfe zwischen den Stämmen und Nationen andauerten. Er wies darauf hin, daß er alles in seiner Macht Siedende getan habe, damit Ruhe und Frieden in die Gesellschaft zurückkehren.

Narren in Italien.

Rom, 7. März. In Florenz und Umgebung ist der Sonntag ruhig verlaufen. "Tempo" meldet aus Caia Monferrato, daß dort Bäckerinnen eine große patriotische Kundgebung veranstalteten, die am Vormittag ohne Zwischenfälle verlief. Am Nachmittag aber wurde der Zug in der Nachbarschaft des Arbeitsamtes beschossen. Die Bäckerinnen erwiderten das Feuer und griffen ein Haus an, in dem sich Kommunisten befanden, die sich nach einigen Widerständen ergaben müssen. Die Polizei verhaftete 200 Personen. Bei den Narren wurden vier Personen getötet und zwölf verwundet.

Chinesische Regierungskrisis.

Paris, 7. März. Nach einer Novakmeldung ist in Shanghai eine Regierungskrisis ausgebrochen. Der Ministerpräsident droht mit seinem Rücktritt.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Der Senatspräsident a. D. Robert Guttlob Emil Ulrich ist am 27. v. R. nach langem Leiden im 77. Lebensjahr verstorben. Von Amtsgericht Löbau, wo er als Amtsrichter gewirkt hatte, wurde er am 1. Oktober 1880 als Rat am das Landgericht Dresden berufen und wegen seiner beworrenden Leistungen später dem Oberlandesgericht als hervorragter angesehen. Unter dem 1. Januar 1889 wurde er dann zum Rate bei diesem Gerichte bestellt. In dieser Stellung hat er sich in den verschiedenen Senaten, denen er angehört hat, so vorzüglich bewährt, daß er am 1. Januar 1902 zum Senatspräsidenten ernannt wurde und den Vorsitz im 8. Zwischenrate erhielt. In dieser Stellung hat er länger als 13 Jahre — bis zu seinem Übersetzen in den Ruhestand am 1. Oktober 1915 — mit vollem Erfolge gewält. Ein starker und scharfer Urteil, das auf reiches Wissen sich stützen konnte und daß er mit großer Entscheidung zu vertreten wußte, ausgeprägter Geschäftigkeit lehrte und nie ermüdende Arbeitstreue haben ihn jederzeit ausgezeichnet. Als Mensch ein aufrechter, ehrlicher, pflichtsinniger Charakter mit vielen Gütern einer stillen Gelassenheit hat er sein Glück vor allem in seiner Familie gesucht und gefunden, ist aber auch seinen Freunden und Untergebenen stets ein treuer Berater und wohlwollender Führer gewesen. Die dankbare Verehrung seiner Kollegen und Freunde folgt ihm ins Grab.

Das unter dem 7. März ausgegebene 3. Stück des Sächsischen Gesetzesblattes enthält: Verordnung über gewisse Nachrichten zum Strafregister; Verordnung über die Vorbereitung für den höchstens 12-jährigen Strafversuch; Bekanntmachung über die Prüfung der Nahrungsmittelbeschwerde; Verordnung über die Offiziellegung der Personalnachweise; Verordnung über die Erfassung der Dienststafetten, sowie Verordnung über die nächste Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1916 über die Haftentlohnung.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 8. März.

Mit der Gleiserneuerung in der Auguststraße, zwischen Humboldt- und Josephinenstraße, soll am 11. März beginnen werden.

Mit der Einweihungstage werden sich die Stadtverordneten und der Rat in einer gemeinschaftlichen Sitzung im Laufe der nächsten Woche beschäftigen. Voransichtlich sollen die Einweihungen bereits am 1. April stattfinden.

Der Ehrenurkund über die laufenden Gehälter für Großhändler, Verleih, Gewerbe, Industrie, insbesondere Schuhwaren, Spezialitäten- und chemische Industrie ist von der Organisation der Arbeitgeber des Dresdner Zentralausschusses für Industrie, Handel, Verleih und Gewerbe abgeschlossen worden.

Im Schuhmuseum des Sächsischen Lehrerseminars sprach am Sonnabend Dr. Lebere Weitzer von der 51. Weltausstellung über "Das Heimatbild im Dienste der Lebenskunde". Er wies auf die Bedeutung der Heimat für die Entwicklung eines jeden einzelnen Jüds und für das gesamte Volk hin. Die fortwährende Pädagogik habe sich deshalb zur Aufgabe gemacht, dem Kind den Heimatinstinkt einzuprägen. Wer müßte denn kommen, daß die Volksschulen über den Wert der Heimat sich klar werden. Wenn unsere Jugend die Heimat achtet gelernt und so des Vaterlandes Sinn innerlich erfaßt hätte, dann werde das Volk wieder emporkommen. Wer die Werte kennt, die sein Vaterland bewahrt, werde es richtig lieben.

An der Hand einer Anzahl farbiger Bildbilder führte der Redner seine Zuhörer durch die deutschen Gauen. Bilder aus den Alpen, dem Erzgebirge und aus Mitteldeutschland zeigten die Schönheiten der Heimat. Der Vortragende handelte von der Besichtigung des Stadtverordnetenkollegiums.

Der Zusammenhang der Zöhlingsgemeinden wird, nachdem die Vereinigung der Gemeinden Bründorf und Zöhlendorf missglückt ist, von den beteiligten Kreisen angestrebt. Am Donnerstag findet eine Sitzung der von den Gemeindesäcken gewählten Ausschüsse in Löbtau-Süd statt.

Bei der hohen Bedeutung des Ertrags der Zöhlins für die Ernährung ist es dringend nötig, daß die Bekämpfung der Obstbaumsschädlinge abschallt und nachdrücklich vorgenommen wird. Über die Arten der Schädlinge und die Mittel zu ihrer Bekämpfung und Verhütung wird eine vom Landesbauernverein verfasste Broschüre in der Kongregation des Wohlhabenspolizeiamtes, Neues Rathaus, Eingang Ringstraße 19, Erdgeschoss links, Zimmer 51, an Beteiligte unentgeltlich abgegeben.

An der Narrenhalle wurde die diesjährige Reiseprüfung unter dem Vorzeige des Oberstudiendirektors Dr. Lohmann Freitag, den 18., und Sonnabend, den 19. Februar, abgehalten. 25 Oberprimaner und ein Jugendschüler besuchten. Von ihnen erhielten im Bezug auf alle die erste Genitur (I), in den Leistungen jedoch IIa, sieben II, sieben III, fünf IIIa, einer III. Technische Wissenschaften wollten neu studieren, zwei Philosophie, je einer Medizin, Kunstmethode und Musik, dem Bankach widmeten sich drei, je zwei werden Apotheker, Buchhändler und Kaufmann, je einer Steuerbeamter und Beamter.

Die jährliche Entlassung der Narrenhalle stand am 26. Februar statt. Die Entlassungsrede hielt Oberstudiendirektor Dr. Lohmann. Am 3. März konnte drei Angehörige des letzten Sonderlehranges für Kriegsteilnehmer nach bestandener Prüfung das Prugnis der Reife erlangt werden. Alle erhielten im Bezug auf I, in den Leistungen je einer IIa, II und IIIa.

* Im König Georg-Gymnasium fand am Sonnabend, den 5. März, die feierliche Entlassung der Abiturienten statt. Die Abschiedssrede erfolgte durch den Rektor des Gymnasiums, Herrn Dr. Meier.

* Zu dem Wüstlandfest des Kirchenchores der Beschäftigungsgesellschaft hatte sich wieder eine große, ausdrückliche Gemeinde eingefunden. Kantor Alfred Stier (Klarinett) bot im meisterhaften Zusammenspiel mit Arthur Richter (Klarinette) und Paul Hammer (Klarinette) Werke von Schumann und zum Schlus das "Kegelbahn-Trio" von Moyart. Diga Kopisch und Tora Ronnholz sangen Duette von Schumann, die wegen ihrer Vollständigkeit sehr ansprachen. Den größeren Eindruck hinterließen aber doch die drei Klarinettler, die den großen Romantiker mit seiner Tiefe und Innerlichkeit am besten empfunden hatten und — auch technisch — überzeugend wußten.

* Stimmung und Fröhlichkeit, Kunst und Heiterkeit sind in dem neuen Programm der Sibelius-Kleintänzblätter auf beste vereint. Chorleiter H. Geißler, der Anjager, bringt eigene Gedichte von poetischen Wert. Sehr interessant ist Sven Mariaja, die Tänze in vorgezogene alt-ägyptische und indische Stil vorführte. Liliane Heitken dagegen bevorzugt seine Phantasiestände, von denen das Bachmäule von bestendiger Reiz ist. Ilse Illgen singt mit hübschem soprano flüssigem Liedern, und Lilly Heyn erweckt sich auf dem Klavier als Meisterin. Hoch unterhaltsame Kunstmäuse führt Oscar Alani vor, der erstaunliche Fingerfertigkeit aufweist und seinen Vortrag in ein sympathisches Gewand kleidet. Ein sanftes Humor ist Spieler und Sänger am längsten ist Alexander Schäffer, voll Temperament und sprühendem Humor; was er mit Tasten, Saiten und allerlei Drum und Drum losläßt, ist ebenso eigenartig wie vorzüglich. Die Kapelle Heinz Ebert sowie Frank Wolf am Flügel sorgen für gewissenhaftige Begleitung.

* Heute haben sich zwei Kriminal-Überwachungen im Dienstzimmer des Polizeipräsidiums eingefunden. Sie waren von einem der Salvator-Schubert-Verdächtigen Matthei der Teilnahme befreit. Die befragten behaupteten Matthei der Teilnahme verdächtigt. Die Untersuchung wird den weiteren Sachverhalt lären.

* Am 4. d. M. ist im Ubbig ein unbekannter Toter aus der Elbe gezogen worden. Der Tot ist etwa 45 Jahre alt, 160 cm groß, hat blondes, halblanges Haar, verschmiertes Gesicht, vollständiges Gebiß, blauäugig und schwärzliches Gesicht. Er ist bekleidet mit grauem Normalhemd, grünem Weste, abgeknöpft grauer Mänteljoppe mit angenähtem Kragen und brauen Hornknöpfen, schwarzer Weste, blauem Schürze, grauen mit grünen Langstricken versehenen Hosenträgern, grauen Fußstiefen, schwarzen Lederschuhnäpfchen darüber schwarze Gummiröhre und weißem Gummibekleidung. Es handelt sich möglicherweise um einen Lokomotivführer, da er mit dem Namen Matthei, Nr. 1253, dies vermuten läßt. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Vermögenszentrale des Polizeipräsidiums, Schlesische 7, II, Zimmer 129, erbeten.

Sächsische Angelegenheiten.

Aufruf an die Oberschlesiester.

Die Beteiligten Verbände heimatreicher Oberschlesiester erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Der Tag der Einheit ist nah. Noch einmal wenden wir uns an Euch, um Euch unsere Grüße und Wünsche mit auf den Weg zu geben. Eure Treue zur Heimat ist höher als alle Hemmungen, die sich in den Weg stellen. Ganz Deutschland blickt auf Euch im letzten Berichtstag der deutschen Landwirtschaftslage im Innern. Gerade die sächsische Landwirtschaft könnte noch bestehen, daß sie ihrer Abförderung nicht im weitesten Maße gefolgt sei und im letzten Jahre 134 Proc. der von der Zwangsabfuhr bestimmten Abförderungsmenge abgesetzt habe. Leider würde die Landwirtschaft viel zu sehr unterdrückt. Die Förderung der Gütererzeugung sei die einzige Rettung, denn diese förmlich Distanz und Sanctionen weitergeleistet werden. Aus den Feststellungen für die Sachverständigenkommission geht hervor, daß 1913 82 kg Fleisch und 125 kg Mehl auf den einen Kopf gerechnet wurden, während man jetzt mit 20 kg Fleisch und 82 kg Mehl auskommen müsse. Deshalb sei die höchste Steigerung der deutschen Landwirtschaft nötig. Über die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft sprach der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Th. v. Braun. Er gab an der Hand einiger Zahlen, die für die deutsche Sachverständigenkommission der Landwirtschaft bei den Londoner Verhandlungen ausgearbeitet waren, interessante Mitteilungen über die Lage unserer Landwirtschaft im Vergleich zur Vorangegangenen. Etwa 23 Proc. der Bevölkerung würden 1913 von den deutschen Erträgen ernährt. Durch die Abtreuungen seien über mehr als 1/2 der Aufbaulände verloren gegangen, jedoch wie für 15 Millionen Einwohner Nahrungsmittel eingespart werden. Da jedoch die Landwirtschaft unter dem notwendigen Raubbau der Kriegsjahre sehr gelitten habe, müssen für weitere 15 Millionen Einwohner Nahrungsmittel eingespart werden, insgesamt also für 32 Proc. der Bevölkerung. Die Ertragsschönheit des Oberschlesiens sei bis auf den Stand von 1879 zurückgegangen. Die erste Pflicht sei deshalb, die Landwirtschaft auf eine größtmögliche Höhe zu bringen. Beider sei für diese Fragen bei maßgebenden Kreisen oft kein Verständnis vorhanden. Der Landwirtschaftsminister müsse die erste Stimme im Kabinett haben. Um diese Ansicht zu verdeutlichen, müsse die Landwirtschaft selbst mitwirken, was in ihren Kräften stände. Der Redner verbreitete sich dann über verschiedene neuere Bestimmungen und forderte vor allem die Aushebung des Achtstundentages für den landwirtschaftlichen Betrieb. Auch sprach er über das Siedlungswezen und betonte, daß man hier bei der Kultivierung des Moore noch viel erreichen könne. Als letzter Redner sprach Oskar Kaisers vom Preußischen Landeskonomieinstitut über die Fleischversorgung. Er zeigte an einer Statistik, daß 24 Proc. der Nahrungsmittelausgaben auf Fleisch entfielen, während tierische Produkte 60 Proc. ausmachten.

Zugverkehr nach Oberschlesien.

Auf zahlreiche an ihn gerichtete Anfragen seit der Deutschen Schauhund in Berlin mit: Der öffentliche Zugverkehr nach Oberschlesien erfährt durch die Sonderzüge, die zur Volksabstimmung fahren, keine Einschränkung. Die Abstimmungsberechtigten, die sich nicht an die auf den Freitagen notwendigen vorgeordneten Reisezeiten halten können oder wollen, haben also die Möglichkeit, die Bahn des öffentlichen Verkehrs auf eigene Kosten zu benutzen. Sie haben dann freilich keinen Anspruch auf die Vergünstigungen, die mit dem Besitz des Abstimmungsberechtigten verbunden sind.

* Leipzig. Gestern traf der preußische Minister für Handel und Gewerbe, Friedrich, begleitet vom Landrat Dr. Rohde, zum Besuch der Leipziger Messe hier ein, ferner der sächsische Finanzminister Heldt in Begleitung des Geh. Rates Dr. Heberich sowie Geh. Rat Blumauer vom Reichswirtschaftsministerium.

— Der Streit der Mafiter ist beendet.

sind Gerichte aufgetaucht, doch es sich dabei nicht um Ausländer, sondern um billige Inlands-Züchter handle, welcher der Bevölkerung zu Nutzen gebracht werden. Diese Gerichte sind unwahr. Sie sind offenbar dadurch zustande gekommen, daß der Züchter den Kommunalverbänden zum Teil in Säßen inländischer Rasse netzen überlässt worden ist. Bei Ankunft in Hamburg wurden über 300 Fälle ausgewechselt werden, weil sie für den Weitertransport nicht mehr geeignet waren. Dasselbe war in Dresden bei einer größeren Anzahl erforderlich. 208 Sach bei der Umwandlung in Hamburg entstanden. Sogenannte Züchterfesten müssen in der Oberlausitzer Züchterfesten Löbau neu zusammenstehen und können ebenso in Inlandsräumen zum Verhandlungsort werden. Dasselbe war bei etwa 650 Sachen tschechisch-polnischen Züchters der Fall, der untersetzt wird.

* Zu dem Wüstlandfest des Kirchenchores der Beschäftigungsgesellschaft hatte sich wieder eine große, ausdrückliche Gemeinde eingefunden. Kantor Alfred Stier (Klarinett) bot im meisterhaften Zusammenspiel mit Arthur Richter (Klarinette) und Paul Hammer (Klarinette) Werke von Schumann und zum Schlus das "Kegelbahn-Trio" von Moyart. Diga Kopisch und Tora Ronnholz sangen Duette von Schumann, die wegen ihrer Vollständigkeit sehr ansprachen. Den größeren Eindruck hinterließen aber doch die drei Klarinettler, die den großen Romantiker mit seiner Tiefe und Innerlichkeit am besten empfunden hatten und — auch technisch — überzeugend wußten.

Gründung der ersten Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche.

Dresden, 7. März.

Die erste Sächsische Landwirtschaftliche Woche 1921 wurde heute mittag 12 Uhr im Konzertsaal aus Anlaß der öffentlichen Versammlung des Landeskulturbundes durch dessen Vorsitzenden Se. Exzellenz Herrn Wirt. Sch. Rat Dr. Wehner eröffnet. Exzellenz Wehner wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß zum erstenmal ländliche Landwirte zusammenfanden und gedachte kurz der Entscheidungen in London und der Lage im Innern. Gerade die sächsische Landwirtschaft könne stolz betonen, daß sie ihrer Abförderung nicht im weitesten Maße gefolgt sei und im letzten Jahre 134 Proc. der von der Zwangsabfuhr bestimmten Abförderungsmenge abgesetzt habe. Leider würde die Landwirtschaft viel zu sehr unterdrückt. Die Förderung der Gütererzeugung sei die einzige Rettung, denn diese förmlich Distanz und Sanctionen weitergeleistet werden. Aus den

Chemnitz. Am Sonntag vormittag veranstaltete die Kommunistische Partei auf dem Königplatz zu Chemnitz eine Kundgebung gegen das Lüdenscher Ultimatum. Vom Balkon des Stadthauses herab sprach der Kommunist Steinert zu den Versammlten. Er äußerte u. a., es werde der Tag kommen, an dem die deutsche Regierung, die jetzt den Franzosen ein „Unannehmbar“ entgegenstellt, zu den Bedingungen ja und nein sagen werde.

Reichenbach. Die Delegierten des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau der U. P. hielten am Sonntag hier eine Tagung ab, bei der unter anderem auch Kultusminister Kleinhans einen längeren Vortrag über „die politische Lage und die Täuschung des sächsischen Landtages“ hielt. Er nahm unter anderem auch zum Hallenser Honorabilitätstellung, daß er als Spiekhälfte bezeichnet, damit ein Grund gegeben sei, wieder Reichswehr ins Vogtland zu legen.

Plauen. Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Plauen erläßt folgende Bekanntmachung:

Am Sonntag, den 6. März, kurz nach 2 Uhr früh ist in Jallenstein im verbrecherischen Absicht mit Sprengstoffen ein Teil des Rathauses zerstört worden. Zugleich sind in mehrere Einzelhäuser Sprengstoffe geworfen und zur Entzündung gebracht worden. Die Täter sind unannehmbar von ausköhlens gekommen und von ordnungsgemäßen Personen geführt worden. Sie sind möglicherweise mit Kraftwagen oder Rädern angekommen. Der verwendete Sprengstoff (Rohrurit) und die Stiel- und Fierhandgranaten sind zum Teil mit dem Zeichen der NSDAP versehen und annehmbar verunreinigt. Heereszug. Von den Tätern zurückgelassen worden ist ein fast neuer Nachschub aus Sprengstoff, in dem sich die Sprengstoffe, eine Luftpumpe für Sprengstoffe, eine gesäuberte Leberhandschuh und einige Nummern der Zeitung „Der Kämpfer“ und anderes mehr befinden haben. Es ergeht an Ledermann die Aufforderung, etwaige Verdächtigungen der nächsten Polizeischörde oder Gendarmerieaktion oder der Staatsanwaltschaft Plauen zu machen. Ist die Ermittlung oder Ergreifung der Täter oder für Verhinderung bestimmter Angaben über dieselben nach einer Belebung von 5000 M. ausgekehrt.

Jallenstein. Als Urheber der verbrecherischen Anschläge wird der Kommunist Rosina vermutet. Der angeklagte Schaden wird von amtlicher Seite auf über 100 000 M. von anderer Seite jedoch auf 400 000 M. geschätzt.

Grimmaisch. Hier wurde die Gründung eines Mädchenfortbildungsschulverbandes vollzogen. Mit Grimmaischen bilden einen Verband befreundete Gemeinden Freienhain, Hohenwörth, Obergörsdorf, dazu ebenfalls Grünberg. Louenhain konnte sich noch nicht entscheiden. Mit Neulichten vertragen sich die Schulgemeinden Altdöbelwitz, Langenroitsdorf und Lauterbach. In jedem Verband wird eine landwirtschaftliche Wiese eingerichtet werden.

Grochota. Der Gemeinderat beschloß die Einführung einer Wohnungsrücknahme und die Erhöhung der Handelssteuer.

Nördlich. Der Gemeinderat lehnte das Lichtenauer Krankenhausprojekt ab, stimmte dagegen dem Glashaus Projekt unter der Voraussetzung zu, daß erst die Bedingungen bestimmt werden.

Tageschronik.

Hamburg. 7. März. Am Dienstag hat in der letzten Nacht der italienische Aranjoze Babaten, Heizer an Bord des französischen Schiffes „Torel“, den Nummernkort Brand auf offener Straße angezapft und durch Brustschuß getötet. Als er festgenommen werden sollte, schwang er sich er auf die Postamt und Polizeidienst. Endlich wurde er durch Schüsse schwer verletzt und ins Hafenkrankenhaus gebracht.

Ödöngebüttel, 7. März. Zur Rettungsarbeiten auf dem Ostfelder der Königsgrube zur Aufsuchung von vier Beamten wurden ohne Ergebnis fortgeführt. Die Arbeiten werden durch austromende Brandgase sehr erschwert.

Vom Landtag.

Zum Landtag ist mit Vorlage 31 der Entwurf eines Gesetzes über die Sächsische Staats-

bank zugegangen, die, aus der früheren Leipziger Postviehdienststelle hervorgegangen, bereits seit dem Jahre 1917 besteht und nunmehr gesetzlich reguliert werden soll. Auf die Einzelheiten dieser Regelung wird in der nächsten Landtagsdebatte eingegangen werden.

Weiter ist der Antrag des Reichsbaudienstes zur Vorlage 26, die Kinderzulageverregelung für bis sächsischen Beamten und Lehrer betreffend, erschienen, der dahin geht, die Vorlage unverändert anzunehmen. Dazu liegen zwei Minderheitsanträge vor; die bürgerlichen Vertreter des Auschusses beantragen, die Kinderzulage in völliger Übereinstimmung mit dem Reiche zu regeln. Die kommunistischen Vertreter des Ausschusses beantragen das gleiche, jedoch nur für die Beamten bis zum Höchstgehalt der Gruppe VIII der Besoldungsordnung, für die übrigen Beamten soll es bei der bisherigen Regelung wieder.

Schließlich hat der Abg. Schmidt-Greifberg (Dresden) u. Gen. folgende Anfrage gestellt:

Ist die Regierung bereit, die von den einzelnen Kommunalverbänden den Landwirten aufgestellte Haferumlage um ein Bedeutendes zu erhöhen? Ist sie insbesondere bereit, die Bestimmung aufzuheben, daß die Landwirte, die außerhalb sind, die auferlegte Hafermenge zu liefern, den dreifachen Betrag des Haferpreises zu zahlen haben?

Ist die Regierung bereit, über die Verwendung des gelieferten und noch zu liefernden Hafers eine gehobene Auskunft zu geben, nachdem die öffentliche Bewirtschaftung der Haferdienstmittel aufgehoben ist?

Die nächste Sitzung findet morgen, Mittwoch, nachmittags 1 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen zwei kurze Anträge und Anträge der Deutschen Volkspartei auf Erklärungen beim Rücktritt in den sächsischen Dienst. Für im Auslande längst gewesene sächsische Lehrkräfte, über die Anerkennung der während des Weltkrieges geleisteten Beamtentätigkeit auf die Pensionen habe der Staats- und Gemeindebeamten, und über den durch Art. 147 Abs. 3 der Reichsverfassung bestimmten Angaben über dieselben nach einer Belebung von 5000 M. ausgekehrt.

Jallenstein. Als Urheber der verbrecherischen Anschläge wird der Kommunist Rosina vermutet. Der angeklagte Schaden wird von amtlicher Seite auf über 100 000 M. von anderer Seite jedoch auf 400 000 M. geschätzt.

Grimmaisch. Hier wurde die Gründung eines Mädchenfortbildungsschulverbandes vollzogen. Mit Grimmaischen bilden einen Verband befreundete Gemeinden Freienhain, Hohenwörth, Obergörsdorf, dazu ebenfalls Grünberg. Louenhain konnte sich noch nicht entscheiden. Mit Neulichten vertragen sich die Schulgemeinden Altdöbelwitz, Langenroitsdorf und Lauterbach. In jedem Verband wird eine landwirtschaftliche Wiese eingerichtet werden.

Grochota. Der Gemeinderat beschloß die Einführung einer Wohnungsrücknahme und die Erhöhung der Handelssteuer.

Nördlich. Der Gemeinderat lehnte das Lichtenauer Krankenhausprojekt ab, stimmte dagegen dem Glashaus Projekt unter der Voraussetzung zu, daß erst die Bedingungen bestimmt werden.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Mitteilungen der Sächsischen Staats-Theater. Opernhaus. Donnerstag, 10. März. „Der Rosenkavalier“. Zelterhallen — Charlotte Bierck-Kempel, Lohs auf Perchten — Ludwig Timold, Octavian — Elia Szunyter, Antonia — Robert Büsch, Sophie — Grete Herren-Mitsch, Marianne — Eva Siebzehner-Poeler, Balzac — Hans Rädiger, Anna — Elsie Dobertow, Edmer — Friedrich Rosch, Musikdirektion: Hermann Ritschbach. Spielzeitung: Georg Toller. Beginn: 1½ 7 Uhr.

Schauspielhaus. „Der Biberpelz“ am Mittwoch, den 9. März spielt Alexander Wirth zum erstenmal den Julius Wolf. Belebung der übrigen Hauptrollen: Werbahn — Lothar Mehnert, Klinger — Rudolf Schröder, Frau Wolf — Johanna Müller, Wulfson — Alfred Meyer. Spielzeitung: Lothar Mehnert. Anfang: 1½ 8 Uhr.

Donnerstag, den 10. März. „Robert und Bertl“ von Gustav Raeder mit Alfred Meyer und Alexander Wirth in den Tuckrollen. Spielzeitung: Alexander Wirth. Anfang: 7 Uhr.

* Mitteilung aus der Kanzlei des Operntheaters. Morgen, Mittwoch „Der Jongleur“. Poche mit Gesang. Sonnabend, den 12. März. Erstaufführung „Wächter“ von F. A. Geßler, dem Dresdner Schriftsteller.

* Morgen, Mittwoch, Violinkonzert von Leni Krüppel. Buchheim, Berlin-Dresden, unter Mitwirkung von Prof. Walter Pochet, Klavier, 1½ 8 Uhr, Palmengarten.

* Am Literaturverein liest morgen, Mittwoch, 1½ 8 Uhr im Palmenhofen Maxi-

Liiz und Billers. Vokaltrio in Urbans Buchhandlung, Bildnerstrasse.

* Donnerstag abends 1½ 8 Uhr hört im Frauenstübchen Johann Georgenalle 13, die Pianistin Elia Martha Lucy Helmolt einen Vortrag über die Galan-Lebte mit Vorführungen durch einige ihrer Schüler.

* Börsenkäfige. Heute Mittwoch, den 9. März, abends 1½ 8 Uhr soll eine weitere Ver- jammierung der in den Leichtgängen gewünschten Ver- traurundreise stattfinden, und zwar im Büchersaal

der Städtischen Leihalle, Waisenhausstraße 9. I. Tagesordnung: Aufgaben und Rechte der Betriebsrätepersonen. — Von den Veröffentlichungen der Dresdenner Volkschule, die Dr. Karl Kleuschel im Verlag von C. Heinrich, Dresden-R., herausgegeben, ist ein viertes Heft erschienen. Es hat den Titel „Der Dienemann zum Verfasser und behandelt in leichtverständlicher Form die gesundheitlichen Grundlagen für gewerbliche Arbeit und das Taylorystem, früher herausgekommen und durch die Geschäftsstelle zu beziehen sind folgende Hefte: Bauart Privatobjekt Dr.-Ing. Völk: Wohn- und Wohnungsarten. Studienrat Dr. Goethold Weider: Die sächsische Landwirtschaft, und Dr. Franz Mostauer: Anfangsgründe der Philosophie. — Die Mitgliedsverzahlung wird Sonnabend, den 12. März, abends 6 Uhr im Saale der Realsschule Seestadt, Bismarckstraße 4, abgehalten. Der Betrag ist nur gegen Vorzeigen der roten Mitgliedskarte für 1921 gestattet. Es wird deshalb nochmals erachtet, die früheren Raten gegen die neuen in der Geschäftsstelle umzutauschen.

Sport.

Lufthafen.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Otto Wiener, der brühmte Physiker der Universität Leipzig, der die fehlenden Lichtwellen studiert, wird im Sächsischen Verein für Luftfahrt einen Vortrag über die Rätsel des Fluges halten. Der Vortrag wird in der Aula der Technischen Hochschule zu Dresden am 12. März d. J. abends 8 Uhr stattfinden und von Versuch und Projektionen begleitet sein. Eintrittszettel dazu sind im Sekretariat des Sächsischen Vereins für Luftfahrt, Seestraße 14, III., zu erhalten.

Schwerathletik.

* Die Eröffnung der Ringkämpfe im Birkens Torsojahr am 7. d. M. Im Kampf Rißbacher gegen Goldstein liegt Rißbacher nach 8 Min. durch Mühlé, Löbmann gegen den Rumänien Solat in schönem temperamentvollen Kampfe 20 Min. unentschieden. Der Australier Hadjin legt Philipp nach 1 Min. durch Untergriff von vorn. Jachens Kämpfe bieten wenig sportliches Interesse, da er wenig Technik hat und nur mit großer Kraft seinen Gegner fängt und erobert. Gebhardt, der sich diesmal möglichst und mit einer Bewährung davonstellt, ringt 20 Min. unentschieden mit Ritter. Streng zeigt nach 7 Min. über Schmidt durch Tempofallzug aus dem Stand. — Heute werden vier hochinteressante Rämpfe ausgetragen. Im ersten Kampf trifft der australische Riese Hadjin gegen den Berliner Gebhardt auf die Matte. Es ist dies eine Herausforderung vom 5. d. M., wo sich Hadjin über das unsaare Ringen Gebhardt gegen den Ungarn Kancsi entzweit hatte, eine Klasse für sich in gegen Ritter, Dippesen, und der Tscheche Brohaša gegen Schmidt. Dresden. Am Entscheidungskampfe treffen sich Löbmann gegen Rißbacher, der vorzügliche Europameister, mit dem Bayern Pichler.

Kabarett.

* Das von Sächsisporten des Gewerbevereins der Stadt Dresden vom Bund Deutsch-Sachsen verfasste und mit dem nationalen Gedanken überreiches als Preismotiv tritt, bildete in seiner ersten Vorlagsfassung einen Triumph des Radikalismus. Neben nennenswerten Radikalen der verschiedensten Art, die von zäher Kleinarbeit zeugten, verdienten besonders die Einer- und Sechser-Kabarett-Aufnahmen hervorgehoben zu werden. Der Wettbewerb im Achtzehnten Jubiläums-Jahrzehnt vereitelt fast aufnahmlos strenge Selbstbedenken und gleichwohl so Empfinden in der Kritiken zusammenstellung. Die musikalische Begleitung der einzelnen Acten unter Leitung des Henr. Übermajorkapellmeisters Eros hand wesentlich über dem allgemeinen Niveau. Besonders lebhaftes Interesse bei den Freuden fanden auch die Radikal-Einspielmöglichkeiten. Der gut gelungene Radikal-Kostümreigen und das humoristische Einspiel jürgt für angenehme Abwechslung in der Festvorstellung. Tanz und eine reiche Gastronomie fanden lebhaftesten Zuspruch. Reicher Preis soll belohnen die einzelnen Leistungen.

Kunstfahrt.

Die Delegierten-Versammlung des Automobilclubs von Deutschland findet am Sonnabend, den 12. März d. J. vor, 10 Uhr im Sitzungssaal des Automobilclubs von Deutschland, Berlin W 8, Leipziger Platz 16, statt. Auf der Tagesordnung stehen Anträge folgender Klubs um Aufnahme in d. S. Kartell: a) Automobilclub Danzig, Danzig; b) Crefelder Automobil-Club, Crefeld; c) Erfurter Automobil-Club, Erfurt.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 8. März. Wochenausblick der Reichsbank vom 28. Februar 1921. Aktiva: 1. Metallbestand (der Betrieb an Industrienummern deutsches Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kogramm fein zu 2784 M. betrachtet) 1 099 590 000 M., Aus. 481 000 M., darunter Gold 1 091 616 000 M., Aus. 4000 M., 2. Bestand an Reichs- und Darlehenschekken 2 982 303 000 M., Aus. 167 171 000 M., 3. Bestand an Noten anderer Banken 1 502 000 M., Aus. 558 000 M., 4. Bestand an Wechseln, Schecks u. Dokumenten-Schulden 56 451 339 000 M., Aus. 5 451 965 000 M., 5. Bestand an Lombardforderungen 11 522 000 M., Aus. 15 482 000 M., 6. Bestand an Scheinen 185 788 000 M., Aus. 1 512 000 M., 7. Bestand an sonstigen Aktiven 9 032 205 000 M., Aus. 2 088 000 M. Passiva: 1. Grundkapital 180 000 000 M., unverändert, 2. Reservfonds 104 258 000 M., unverändert, 3. Betrag der umlaufenden Noten 67 426 954 000 M., Aus. 1 907 082 000 M., 12. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 17 357 088 000 M., Aus. 3 627 195 000 M., 13. Sonstige Passiva 3 695 944 000 M., Aus. 72 000 M.

Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Februar abgerechnet 70 498 500 200 M.

Amliche Berliner Anreise vom 7. März. 5% Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4% Deutsche Reichsanleihe 68,20, 3½% Deutsche Reichsanleihe 66,10, 3% Deutsche Reichsanleihe 67,60, 3% Sächsische Rente 58,00, Hamburger Paketjahr 188,25, Hanse-Tempel 330,00, Norddeutscher Lloyd 192,00, Vereinigte Eisenbahngesellschaft 335,00, Bank für Bauindustrie 173,50, Deutsche Bank 291,00, Dresdner Kommandit 240,50, Dresdner Rent 208,00, Leipziger Kreditanstalt 184,25, Deutsche Bierbrauerei 178,00, Badische Anilin 510,00, Bergmann Elektrogl 315,25, Sachsenhütte 637,00, Döchmer August 465,00, Eaktionen Kochscho 381,00, Chem. Heyden 381,00, Chemnitz Zimmermann —, Daimler Motoren 655,00, Deutsch-Piremb 309,00, Deutsche Erdöl 1050, Deutsche Gußhähnle 268,00, Deutsche Ton- u. Stein 305,75, Deutsche Waffen 664,00, Donnermarchhütte 650,00, Dresdner Gardinen 397,00, Eiserfelder Harten 434,00, Geisenkirchen Bergwerk 323,50, Th. Goldschmidt 779,00, Görlitzer Maschinen 275,00, Görlitzer Waggonfabrik 385,00, Harren Bergwerk 435,50, Hartmann Maschinen 323,00, Halper Gütes 364,00, Hillerwerke —, Höchster Garben 411,25, K. Hora & Co. 325,00, Hutfabriktheuer 425,00, J. A. John-Alten 279,00, Kochs Porzellan 570,25, Lauchhammer 502,00, Laurahütte 336,00, Ludwig Löwe & Co. 295,50, Ludau & Steffen 296,50, Rappel 820,00, Rührberger Hertules 318,00, Überholz Eisenbahnb. 302,50, Oberhövel Eisenindustrie 284,50, Thönig Betzwerk 573,00, Plauener Stahl 255,00, Stahlwerke Bochum 252,00, Struthenthal 370,00, Stedtrob & Schneider 323,00, Mosenthal Porzellan 670,00, Sachsenwerk 310,00, Sach. Kartonagen 294,00, Sach. Gußhütte 386,00, Sach. Kammgarn 424,00, Sach. Webhühl —, Schubert & Salzer 415,50, Sach. Schuh 389,50, Sach. Hüttendorf 260,00, Siemens Glas 588,00, Zwingerwerke 618,00, Ziegler-Afrika 308,50, Zündertisch 305,00, Zellstoffwerk 320,00.

Wetterberichte der Elbe und Moldau.

Der Radarfunk aus dem Inhalt der Sächsischen Standardzeitung ist erlaubt. Für den Radarfunk der Originalausgabe ist Quellenangabe Verpflichtung. Für den Anzeigenzeitung verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Der Radarfunk aus dem Inhalt der Sächsischen Standardzeitung ist erlaubt. Für den Radarfunk der Originalausgabe ist Quellenangabe Verpflichtung.

Für den Anzeigenzeitung verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Donnerstag: Die

schöne Helena. Anfang 10 Uhr.

Residenztheater.

Nachmittags 3 Uhr (nach erzählten Preisen):

Die Reise ins Märchenland. Weihnachtsmärchen in sechs Bildern und einer Arie von Carl Witt, Musik von R. Dellinger.

Ablauf: 1. Bild 1. Akte 1. 12.55. 2. Bild 1. Akte 1. 12.55. 3. Bild 1. Akte 1. 12.55. 4. Bild 1. Akte 1. 1

geschieben. Der Kaufmann Robert Arthur Schüller in Leipzig ist Inhaber. Er hält nicht für die im Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Fortverdienste auf ihn über.

4. auf Blatt 110, betr. die Firma Aloys Kramer in Leipzig: In das Handelsregister ist eingetreten der Kaufmann Aloys Karl Weigert in Leipzig als persönlich haftender Gesellschafter. Die Gesellschaft ist am 1. März 1921 erichtet. Sie hält nicht für das im Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Fortverdienste auf sie über. Robert Aloys Kramer ist nicht mehr persönlich haftender Gesellschafter. Ein Kommanditist ist eingetreten;

5. auf Blatt 211, betr. die Firma Leipziger Werkzeug-Maschinenfabrik vorm. W. von Büttner, Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Generalversammlung vom 2. Februar 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um vier Millionen Mark, in viertausend Aktien zu je einhundert Mark verfüllt, mithin auf zehn Millionen schachbrettartig Markt geschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 21. September 1890 ist durch den gleichen Beifluss laut Notariatsprotokoll vom 25. Februar 1921 in den §§ 5, 15, 17, 21 und 24 abgeändert worden. Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die Aktien lauten auf den Zukuber und werden zum Kürse von 120 % ausgegeben;

6. auf Blatt 17878, betr. die Firma Gesellschaft für Brennstoffverwertung mit beschränkter Haftung in Großjhochs: Max Schilde ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Der Kaufmann Heinrich Friedrich Otto Polenz in Großjhochs ist zum Geschäftsführer berufen;

7. auf Blatt 17944, betr. die Firma Ladislau Arzherer von Bößwitz in Leipzig: Eileide Are Frau von Bößwitz geb. Wagner ist als Inhaberin ausgeschieden. Der Kaufmann Ladislau Arzherer Arzherer von Bößwitz in Leipzig ist Inhaber;

8. auf Blatt 17913, betr. die Firma Haering & Schramm in Leipzig: Magdalene Adel. v. Haering geb. Michaelis ist als Gesellschafterin ausgeschieden. An ihrer Stelle ist der Kaufmann Friedrich Gustav Ernst Haering in Leipzig in die Gesellschaft eingetreten;

9. auf Blatt 18120, betr. die Firma Heribert & Härtel in Leipzig: Das Handelsregister ist eingetreten der Kaufmann Friedrich August Herfurth in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 16. September 1920 erichtet;

10. auf Blatt 19553, betr. die Firma Richard Bärtling & Co. in Böhmen: Der Gesellschafter Antonio Collares de Miranda Correa hat jenen

Wohnsitz nach Böhmen verlegt. In die Gesellschaft ist eingetreten der Kaufmann Ernst Ludwig Karl Winkler in Böhmen;

11. auf den Blättern 6227 und 11743, betr.

die Firma Hermann Glähe und Ernst Korti er,

wobei im Leipzig: Die Firma ist erloschen. 11035 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 4. März 1921.

Auf Blatt 19884 des Handelsregisters ist heute die Firma Anton Spindler Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes bekanntgegeben: Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Februar 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Papiergroßhandel, insbesondere der Fortbetrieb des von dem Kaufmann Fritz Spindler in Leipzig unter der Firma Anton Spindler betriebenen Papiergroßhandelsgeschäfts. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwirken, sich an solchen zu beteiligen oder ihre Beteiligung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 1925 geschlossen. Ihre Dauer verlängert sich jährlich um ein Jahr, wenn nicht die Gesellschaftsversammlung mindestens 6 Monate vorher die Beendigung für den Schluss dieses Jahres befürchtet. Das Stammkapital beträgt sechshunderttausend Mark. Die Gesellschaft hat für die im Betriebe des bisher unter der Firma Anton Spindler betriebenen Geschäft entstandenen Verbindlichkeiten, die in der Bilanz vom 31. Dezember 1920 aufgeführt sind. Es sind mindestens zwei Geschäftsführer zu bestellen. Die Gesellschaft wird durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Fabrikbesitzer Anton Hochmann und der Kaufmann Richard Rothegel;

Nach dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Gesellschafter, Kaufmann Fritz Spindler in Leipzig bringt in Abrechnung aus seine Stammlage das von ihm bisher in Leipzig verdiente, ebenso wie die in den Jahren 1919 und 1920 erzielte Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Nach dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Gesellschafter, Kaufmann Fritz Spindler in Leipzig bringt in Abrechnung aus seine Stammlage das von ihm bisher in Leipzig verdiente, ebenso wie die in den Jahren 1919 und 1920 erzielte Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Auf Blatt 246 des biesigen Handelsregisters ist heute die Firma Trockenanlage Vorarl. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lommashof betr. ist heute eingetragen worden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Peterlein ist zum Liquidator bestellt. 11020

Amtsgericht Lommashof, den 4. März 1921.

Auf Blatt 246 des biesigen Handelsregisters ist heute die Firma Trockenanlage Vorarl. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lommashof betr. ist heute eingetragen worden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Peterlein ist zum Liquidator bestellt. 11020

Amtsgericht Lommashof, den 4. März 1921.

Herr auf Blatt 336 des biesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden:

Am Handelsregister A: Auf Blatt 301, betreffend die offene Handelsgesellschaft in Firma Arthur Beck & Sohn in Mittweida, daß dem Ingenuen Carl Eduard Arthur Beck in Mittweida Prokura ertheilt, auf Blatt 424, betreffend die Aktiengesellschaft in Firma Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Aktiile Mittweida in Mittweida, daß der Kommerzienrat Hugo Keller in Leipzig als Vorstandsmitglied ausgeschieden ist; 11021

im Handelsregister B: Die Firma Richard Löffig in Erfurt und als Inhaber der Kaufmann Richard Löffig derselbe. Angegebener Geschäftszweig: Zweig: Handels- und Dienstleistungsbetrieb.

Amtsgericht Mittweida, am 4. März 1921.

Auf Blatt 258 des Handelsregisters, betr. die Rosinen-Papierfabrik, G. m. b. H. in Rothenburg, wurde heute eingetragen: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 3. Februar 1921 ist das Stammkapital von bisher 900 000 M. um 200 000 M. mithin auf vier Millionen Mark erhöht worden.

Amtsgericht Rosien, am 5. März 1921. 11021

Das Konkursverfahren über den Nachlass des Kolonialwarenhändlers Karl Victor Hartenstein in Plauen ist nach Abhaltung des Schluttermits aufgehoben worden. 11022

Amtsgericht Plauen, den 2. März 1921.

Zum Handelsregister sind heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 439 die offene Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Pechl, Holzgroßhandlung in Arnsdorf, und als deren Gesellschafter die Kaufleute Hugo Keller in Leipzig und Hugo Kellermann in Arnsdorf, und als deren Gesellschafter die Kaufleute Otto Paul Pechl und Karl Max Pechl beide in Arnsdorf. Angegebener Geschäftszweig: Aus- und Verkauf von Holz und Landesprodukt;

Amtsgericht Arnsdorf, am 5. März 1921.

Auf Blatt 303 des Handelsregisters, betr. die offene Handelsgesellschaft Blechwarenwerk Bößel & Sohn in Böhmen, ist heute eingetragen worden: Prokura ist ertheilt dem Kaufmann Julius Hendrich in Böhmen. Eine Prokura und die Prokura der Firma Fried. Bößel in Berlin und des Kaufmannes Walli Schramm in Böhmen ist Gesamtprokura derart, daß immer nur zwei von ihnen gemeinschaftlich zur Verteilung befugt sind. 11026

Amtsgericht Böhmen, den 5. März 1921.

The Einlagenbücher der biesigen Kasse Nr. 56861, 10361, 25691, 25692, 30111, 31441, 31442 sind abhanden gekommen. Es werden hiermit diejenigen, die rechtmäßige Ansprüche an diese Bücher zu haben glauben, aufgefordert, die Ansprüche bei deren Verlust binnen 3 Monaten, vom Erheben dieser Belästigung an gerechnet, hier geltend zu machen. 11030

Schönau b. Chemnitz, 5. März 1921.

Die Sparkassenverwaltung.

während die Entschädigungsquote sonst in der Biehverhältnis meist 80 % nicht übersteigt. Die biehverhältnis Verhältnisse beläuft sich auf 357 173 232 M., die bisherige Entschädigungsquote einschließlich Biehverhältnis auf 11 131 403 M. Die Ergebnisse der ersten zwei Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Chemische Fabrik Helsenberg A.-G. vorm. Engen Tiefenbach.

Durch Vermittlung des Bankhauses Bössingen & Freyde, das der Gesellschaft seit vorgerem Jahre nahesteht, werden die Aktionäre der Gesellschaft auf einen Erfolgstrübung vorbereitet. Wenige Aktiengesellschaften sind man finden, die während einer so langen Reihe von Jahren eine so gleichmäßige Verzierung für ihre Aktionäre abgeworfen haben, wie es bis mit 1915 bei dieser Gesellschaft der Fall gewesen ist. Die Aktiengewinnanteile betragen in den ersten 18 Jahren jährlich je 9 % und achtmal je 8 %. Dann wurden für 1916 10 % und für die folgenden drei Jahre je 15 % verteilt. Noch auffallender ist, daß unverändert an nur nom. 800 000 M. Aktienkapital festgehalten werden konnte und höher noch keine Teilabschlußabteilungen ausgegeben worden sind. Aber gerade diese vorbild-

liche Stabilität wird es vielen Aktionären um so beizustehen erscheinen lassen, daß ihnen jetzt eine Erhöhung ihres Aktiengewinnanteils droht, gerade zu einer Zeit, in der auf allen Seiten die Verzierung hoher Sondergewinne vorgenommen werden kann. Allerdings hat die Verwaltung bereits in der Mitte vorigen Jahres abgehalten außerordentliche Aktionsversammlung durch die Dr. Dietrich Bielek vom Sachsenischen Serum- und Institut für Bakteriotherapie in Dresden dem Verwaltungsrat zugewählt wurde von einer damals ja überall festzustellenden Absatzkrise (Käuferschwäche, Wirtschaftskrisis und Zinsschaffung des Auslandes) Mitterung gemacht. Jedenfalls hat sich später bei anderen Unternehmen wieder ein ausgleichender Umschwung ergeben und es wird von den Helsenberg-Aktionären erwartet werden, daß ihnen die Verwaltung selbst baldmöglichst die Absatzzahlen oder wenigstens nähere Mitteilungen vorlegt, zumal der Kurs der Aktien in letzter Zeit so häufig gestiegen worden ist (zuletzt eine 300 %). Auch wird es sich empfehlen, diese Mitteilungen der Presse in einer Weise zur Verfügung zu stellen, daß die gesamte Handelspreise in der Lage ist, ihre Presse gleichzeitig zu unterrichten, wie es das Interesse der Aktionäre erfordert.

Sächsische Kartonagen-Maschinen-Aktiengesellschaft.

Die Verwaltung ist in der Lage, ihren auf den 2. April zur Hauptversammlung einberufenen Aktionären auf 4 Mill. M. Stammaktien 20 %, auf 2 Mill. M. Stammaktien 10 % und auf 1 1/2 Mill. M. Aktienbörse noch keine Teilabschlußabteilungen ausgegeben worden sind. Aber gerade diese vorbild-

während im Vorjahr nur 17 1/2 % auf das damals nur 2 Mill. M. beträgliche Aktienkapital ausgeschüttet werden konnten. Zu beachten ist, daß das jetzt so reichlich verzinnte Kapital nur teilweise wendig in Tätigkeit getreten ist, denn von den Vorzugsaktien sind 1 Mill. M. erst auf Grund eines Ende Mai gesetzten Beschlusses ausgeschüttet worden, weitere 500 000 M. gar erst im Dezember geschafft wurden, und auch von den Stammaktien haben 1 Mill. M. nur etwa 1/2 Jahr und 2 Mill. M. (die bereits mit 10 % verzinst werden) überhaupt noch nicht verabreicht mitgearbeitet. Die gesuchten Ergebnisse müssen mithin recht günstig ausgefallen sein, wodurch sich auch das leichten wieder erwachte Interesse für die Aktien der Gesellschaft erklärt, die letzten aus Berlin 10 % höher gemeldet wurden.

Böhmische Metallwerke A.-G. vorm. Engen Tiefenbach.

Durch Vermittlung des Bankhauses Bössingen & Freyde, das der Gesellschaft seit vorgerem Jahre nahesteht, werden die Aktionäre der Gesellschaft auf einen Erfolgstrübung vorbereitet. Wenige Aktiengesellschaften sind man finden, die während einer so langen Reihe von Jahren eine so gleichmäßige Verzierung für ihre Aktionäre abgeworfen haben, wie es bis mit 1915 bei dieser Gesellschaft der Fall gewesen ist. Die Aktiengewinnanteile betragen in den ersten 18 Jahren jährlich je 9 % und achtmal je 8 %. Dann wurden für 1916 10 % und für die folgenden drei Jahre je 15 % verteilt. Noch auffallender ist, daß unverändert an nur nom. 800 000 M. Aktienkapital festgehalten werden konnte und höher noch keine Teilabschlußabteilungen ausgegeben worden sind. Aber gerade diese vorbild-

liche Stabilität wird es vielen Aktionären um so beizustehen erscheinen lassen, daß ihnen jetzt eine Erhöhung ihres Aktiengewinnanteils droht, gerade zu einer Zeit, in der auf allen Seiten die Verzierung hoher Sondergewinne vorgenommen werden kann. Allerdings hat die Verwaltung bereits in der Mitte vorigen Jahres abgehalten außerordentliche Aktionsversammlung durch die Dr. Dietrich Bielek vom Sachsenischen Serum- und Institut für Bakteriotherapie in Dresden dem Verwaltungsrat zugewählt wurde von einer damals ja überall festzustellenden Absatzkrise (Käuferschwäche, Wirtschaftskrisis und Zinsschaffung des Auslandes) Mitterung gemacht. Jedenfalls hat sich später bei anderen Unternehmen wieder ein ausgleichender Umschwung ergeben und es wird von den Helsenberg-Aktionären erwartet werden, daß ihnen die Verwaltung selbst baldmöglichst die Absatzzahlen oder wenigstens nähere Mitteilungen vorlegt, zumal der Kurs der Aktien in letzter Zeit so häufig gestiegen worden ist (zuletzt eine 300 %). Auch wird es sich empfehlen, diese Mitteilungen der Presse in einer Weise zur Verfügung zu stellen, daß die gesamte Handelspreise in der Lage ist, ihre Presse gleichzeitig zu unterrichten, wie es das Interesse der Aktionäre erfordert.

Zentrale Eisenbahnen.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Vertriebene Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu bezeichnen und lassen auf eine ferne vorzeitliche Entwicklung der Gesellschaft schließen. Die Verhinderung erfolgt zu natürlichen reifen Prämien ohne jede Rücksichtspflicht der Mitglieder, denen aber trotzdem die Jahresabrechnung unverzüglich zufließt. Für schadfreie Verhinderung gewährt die Gesellschaft einen bis 50 % steigenden Prämienrabatt.

Stadt-Anteile.

Die Ergebnisse der ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahrs sind weiter als sehr günstig zu